

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 8

Rubrik: Stimmen der Welpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die in der *«Unità»* vom 17. September veröffentlichte Antwort auf einen Leserbrief an das Zentralorgan der italienischen KP zeigt, zu welchen unsinnigen Verdrehungen sich die kommunistische Propaganda versteigen muß, um das zunehmende Mißtrauen ihrer Mitläufer beim Bekanntwerden des infernalischen Systems der sowjetischen Zwangsarbeitslager zu beschwichtigen. Gestützt auf Artikel in der *«Critica sociale»* über diese Zwangsarbeitslager hatte der Briefschreiber diese Sklaverei als um so unmoralischer und abstoßender bezeichnet, weil sie «im Lande der sozialistischen Revolution» vor sich gehe. Wir geben hier einige Sätze aus der Antwort wieder:

«Die Böswilligkeit des Verfassers des Artikels in der *«Critica sociale»* bedarf keines Beweises. Es ist natürlich keine Kunst, ein paar aus dem Zusammenhang herausgerissene Sätze zu zitieren. Das ist kein ernst zu nehmendes Verfahren. Wir haben schon früher bemerkt, daß man auf diese Weise die Bibel als pornographisches Machwerk bezeichnen und aus Minister Scelbas blödem Gewäsch vernünftige Reden machen kann».

Die Angaben über die Zwangsarbeitslager werden sodann kurzerhand als Schwindel abgetan. Wir lesen dann weiter:

«Natürlich gibt es in der Sowjetunion keine ‚Freiheit‘ des Nichtstuns. Die Pflicht zur Arbeit ist die logische Folge des Rechtes auf Arbeit, das nach Artikel 12 und 18 der Stalinschen Verfassung jedem Sowjetbürger zukommt. Dieses Recht ist im sozialistischen Staat nicht eine leere Redensart, sondern eine rechte Gewähr, die jedem Arbeiter sein tägliches Brot verschafft und ihn der Sorge um das Morgen enthebt.

Bezeichnenderweise sucht man mit schändlicher Verleumdung das einzige Land zu treffen, wo die ‚freie‘ Arbeit ihren Namen wirklich verdient, wo sie tatsächlich von jederlei kapitalistischer Ausbeutung und Spekulation ‚befreit‘ und durch die unaufhörliche Steigerung der Produktivkraft des Sowjetvolkes und die Ausschaltung der Möglichkeit von Wirtschaftskrisen auch in Zukunft gesichert ist...

Es gibt wirklich ein Land, in dem die strafende Hand des Gesetzes nicht zum Vollstrecker der Rache der Gesellschaft wird: es ist das Land des Sozialismus. Verurteilung zu Gefängnis ist dort eine Ausnahme, nicht die übliche Strafe...

Der Verurteilte arbeitet frei auf öffentlichen Arbeitsstellen oder auch an seinem gewohnten Arbeitsplatz...

Als was entpuppen sich also diese unmenschlichen Zwangsarbeitslager? Als Straferziehungslager, in denen die schwersten Verbrecher, Mörder und Saboteure, die unsere Gerichte als unverbesserlich bezeichnen und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilen würden, den Weg ins Leben zurückfinden können...

Alle Tatarennachrichten über die Sowjetunion sind weiter nichts als Versuche, die öffentliche Meinung von den Mißständen einer verfaulenden Gesellschaft und den Angriffsplänen abzulenken, die ihre herrschende Klasse vorbereitet».

In seinem Artikel *«Frontier Mischief»* vom 7. Oktober berichtet der *«Economist»*, daß die bulgarische Regierung sich in dem Augenblick als Vorkämpferin der Rechte der türkischen Minderheit in Bulgarien aufspiele, in dem die Mißachtung ihrer im Friedensvertrag garantierten persönlichen Freiheit auf der Tagesordnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen stehe. Die türkische Minderheit der 6 Millionen zählenden bulgarischen Einwohnerschaft beträgt etwa 500 000. Nun

erklärte die bulgarische Regierung plötzlich, 250 000 wünschten nach der Türkei auszuwandern und forderte die Durchführung dieser Auswanderung innerhalb von drei Monaten. Der «Observer» weist nach, daß Sprache, Religion und das konservative Bauerntum dieser bulgarischen Türken ein schweres Ärgernis für den Kommunismus bilden, es heiße jetzt: «Schiff klar zum Gefecht». An Deck sei kein Platz mehr für zimperliche Passagiere. Es ist verständlich, daß der Termin für diese Masseneinwanderung, die nur mit der allernötigsten Habe versehenen Leute, die höchstwahrscheinlich nicht freiwillig kommen wollen, der Türkei fast unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten würde. Der «Observer» meint, das bulgarische Vorgehen verfolge vielleicht auch den Nebenzweck, die zunehmende wirtschaftliche und militärische Macht des wichtigsten Verbündeten der Westmächte im Nahen Osten zu untergraben, da mitten im Winter die Ankunft einer halben Million verelendeter, unzufriedener Bauern einen großartigen Schachzug bilde, vom Vorteil ganz abgesehen, vielleicht ein paar hundert Agenten einschmuggeln zu können.

Die in Bukarest erscheinende Zeitung «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie» gibt in ihrem Leitartikel vom 15. September «Marxistisch-Leninistische Kadenschulung der kommunistischen und Arbeiterpartei» interessante Anweisungen, die auszugsweise lauten:

«Um das Niveau der Propaganda der Ideen des Marxismus-Leninismus zu heben, ist es notwendig, mannigfache Formen der Propaganda anzuwenden... Die Parteipropaganda muß kämpferischen, streitbaren und offensiven Charakter haben... Sie ist dazu berufen, den Parteikadern das Verständnis der unentwegten Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, des Prozesses des Zusammenbruchs des Kolonialsystems des Imperialismus, der weltgeschichtlichen Bedeutung des Aufbaus des Kommunismus in der UdSSR und des sozialistischen Aufbaus in den volksdemokratischen Ländern sowie der hohen Ziele der internationalen Bewegung gegen den Krieg und für den Frieden zu erleichtern...

Der Marxismus-Leninismus ist die kämpferische, wirkungsvolle Lehre der Arbeiterklasse. Die Propaganda dieser Leute muß auf jede Weise ... zur politischen Stählung ihrer Kader und zur erfolgreichen Lösung der vor ihnen stehenden großen und komplizierten Aufgaben beitragen».

Der «Observer» vom 24. September gibt in seinem Aufsatz «Russias Peace Campaign» Aufschluß über die Hintergründe der gegenwärtigen Friedenskampagne. Daraus folgert, daß die Stockholmer Resolution nicht etwa nur den Zweck verfolgt, auf die westlichen Länder verwirrend und zersetzend einzuwirken, sondern vor allem die Stimmung der Sowjetbevölkerung beeinflussen soll. Diese möchte vor allem Frieden haben. Stalin soll aber behaupten, dies sei am schwersten zu erreichen, weil die westlichen Staatsmänner fest zum Kriege entschlossen seien. Er soll annehmen, um dieses Friedens willen werde die Bevölkerung weiterhin bereit sein, andere überaus dringende Bedürfnisse zurückzustellen.

«Daher haben die Millionen Unterschriften unter der Stockholmer Friedensresolution für die Russen eine große Bedeutung. Sie sollen ihnen die bittere Aufgabe erleichtern, sich für eine Zukunft, die nicht näher zu rücken scheint, hemmungslos abzurackern.

Darauf ist zurückzuführen und auf nichts anderes, daß die Russen jetzt im Begriffe sind, eine festere Einheit zu bilden als je seit dem letzten Kriege. Aber diese Einheit geht aus Furcht hervor und wir im Westen sollten wissen, was das bedeutet. Es lohnt sich, mit aller Entschiedenheit dafür zu sorgen, daß nichts geschieht, was geeignet ist, das Zustandekommen einer solchen Einheit zu fördern. Auf diese Weise können wir dazu beitragen, daß ein Regime erschüttert wird, das vor keinem Mittel, von dem es sich Nutzen verspricht, zurückscheut».